



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 18.01.2011
Az.:

11. Sitzung des Kreistages am 20.12.2010

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Attenhauser, Peter

Dr. Bauer, Thomas

Baumgartner, Gabriele

Bauschmid, Friedrich

Becker, Manfred

Bendl, Roswitha

Borgo, Rudolf

Dieckmann, Ulla

Eichinger, Gertrud

bis 17.15 Uhr

Els, Georg

Empl, Korbinian

Fischer, Siegfried

Glaubitz, Stephan

Gotz, Maximilian

Gruber, Michael

Grundner, Heinz

Hagl, Monika

Hartl, Anni

Heilmeier, Georg

Hofstetter, Franz Josef



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Huber, Martin

Jobst, Karl Heinz

Kellermann, Otto

Knur, Herbert

Kruppa, Pamela

Dr. Kubo, Reinhard

Kuhn, Günther

Lackner, Helmut

Dr. Lehmer, Maximilian

ab 15.45 Uhr

Mayr, Elisabeth

Mehringer, Rainer

Meister, Michaela

Mittermaier, Georg

Oberhofer, Michael

Parthier, Nadja

Patschky, Jürgen

Peis, Hans

Rübensaal, Siegfried

Scharf, Ulrike

Schlehuber, Anton

bis 17.25 Uhr

Schmidt, Horst

Schwimmer, Hans

Schwimmer, Jakob

Seeger, Hannelore

Sievers, Nicole

Slawny, Manfred

Steinberger, Friedrich

Sterr, Josef

Stieglmeier, Helga

Treffler, Stephan

Trinkberger, Helmut



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Utz, Peter
Vogelfänger, Cornelia
Vogl, Willi
Ways, Rudolf
Wegmaier, Alexander
Wiesmaier, Hans
Dr. Zehetmair, Johann

sowie als Vorsitzender:
Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:
Huber Matthias
Helfer Helmut
Hopfensperger Maximilian
Wirth Harald zu TOP 5
Wolf Marietta, Gleichstellungsbeauftragte zu TOP 5
Freytag Bernd Dominique zu TOP 6
Mittermüller Ludwig zu TOP 7
Mayer, Elfriede (Protokoll)

Ferner nehmen teil:
Herr Vögele, Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH zu TOP 4

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:35 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Kreisorgane
Niederlegung eines Kreistagsmandats
Vorlage: 2010/0798/1
2. Kreisorgane
Vereidigung eines neuen Kreistagsmitglieds
3. Kreisorgane
Ausschussneubesetzung
Vorlage: 2010/0799/1
4. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH
Bericht
Vorlage: 2010/0806
5. Gleichstellungsbericht 2010
Vorlage: 2010/0733
6. Funkwesen
Einführung des Digitalfunks im Landkreis Erding
Vorlage: 2010/0763/1
7. Landwirtschaftswesen; Abmarkungsgesetz (AbmG)
Änderung der Gebührenordnung für Feldgeschworene
Vorlage: 2010/0810
8. Haushaltswesen
Haushaltsberatung 2011
Vorlage: 2010/0809
9. Bekanntgaben und Anfragen



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreistages am 20.12.2010

1. Kreisorgane Niederlegung eines Kreistagsmandats Vorlage: 2010/0798/1

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage. Herr Markus Schmidt habe mitgeteilt, dass er aufgrund des Wohnortwechsels sein Kreistagsmandat niederlegt und er damit die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt.

Ohne Diskussion fasst der Kreistag folgenden Beschluss:

KT/0068-14

Die Niederlegung des Kreistagsmandats von Herrn **Markus Schmidt** wird festgestellt.

Herr **Stefan Glaubitz** wird als Listennachfolger anerkannt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 56 : 0 Stimmen.**

2. Kreisorgane Vereidigung eines neuen Kreistagsmitglieds

Der Vorsitzende begrüßt als Nachrücker der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Herrn Stephan Glaubitz. Auf die Bitte des Vorsitzenden spricht Herr Glaubitz folgende Eidesformel:

"Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe."

3. Kreisorgane Ausschussneubesetzung Vorlage: 2010/0799/1

Der Vorsitzende erklärt, durch das Ausscheiden von Kreisrat Markus Schmidt haben sich Änderungen bei der Besetzung der Ausschüsse ergeben. Er bringt folgenden Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung:

KT/0069-14

Entsprechend dem Vorschlag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird zum / zur Nachfolger/in

- als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultur Frau Kreisrätin Nicole Sievers
- als 2. Stellvertreter im Ausschuss für Bauen und Energie Herrn Stephan Glaubitz
- als 1. Stellvertreterin im Ausschuss für Bildung und Kultur Frau Kreisrätin Helga Stieglmeier



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

- als 2. Stellvertreter im Ausschuss für Bildung und Kultur Herr Stephan Glaubitz und
 - als 2. Stellvertreter im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt Herr Kreisrat Günther Kuhn
- bestellt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 57 : 0 Stimmen.**

4. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH **Bericht** **Vorlage: 2010/0806**

Der Vorsitzende begrüßt den Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding, Herrn Vögele und bittet ihn um den jährlichen Bericht.

Herr Vögele erklärt, die Prüfung der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft habe zu keinen Einwendungen geführt. Die Umsatzerlöse belaufen sich 2009 auf 1,168 Mio €, um 6.000 € höher als 2008. Die Belegung liege über 97 %. Bei einer Belegung von 95 % werde in der Wohnungswirtschaft von einer Vollbelegung gesprochen. Die weiteren Punkte in der Gewinn- und Verlustrechnung seien wie im Vorjahr. Abweichungen ergeben sich in Ziff. 5 a). Die „Aufwendungen für Hausbewirtschaftung“ seien von 448.369,88 € auf 407.448,09 € reduziert worden. Das Ergebnis sei deshalb um ca. 40.000 € besser als im Vorjahr. Als Ergebnis ergibt sich ein Überschuss von ca. 20.000 € gegenüber dem Vorjahr.

Kreisrat Schmidt erinnert, er habe in der Kreisausschusssitzung bereits angesprochen und dem sollte auch der Kreistag zustimmen, dass die Wohnungsbaugesellschaft aufgefordert wird, zu prüfen, ob wegen der erheblichen Unterschiede der Einkommenssituationen in den nächsten Jahren zusätzlicher Wohnungsbau im Landkreis geschaffen werden könnte.

Der Vorsitzende merkt an, 2007 sei die letzte Baumaßnahme fertig gestellt worden. Selbstverständlich sei es möglich, über die Schaffung von neuen Wohnungen nachzudenken.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

KT/0070-14

Der Bericht über die Geschäftstätigkeit der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 58 : 0 Stimmen.**

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Vögele für die Ausführungen.

5. Gleichstellungsbericht 2010 Vorlage: 2010/0733



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und bittet Herrn Wirth um Ausführung.

Herr Wirth merkt an, im Gegensatz zu früher sei der Gleichstellungsbericht nunmehr alle fünf Jahre den Kreisgremien vorzustellen.

Er berichtet, das Landratsamt Erding sei personell sehr gut aufgestellt. Die einzelnen Zahlen können dem Bericht entnommen werden. Es fällt auf, das Gros der Teilzeitkräfte seien wie schon in der Vergangenheit immer noch weibliche Mitarbeiterinnen, die nach der Elternzeit oder aufgrund familiärer Verpflichtungen in Teilzeit arbeiten möchten.

Nachdem es am Landratsamt keine Kernzeit mehr gibt, seien sehr viele flexible Arbeitszeitmodelle möglich und werden auch angeboten.

Im sozialpädagogischen Bereich (Erziehungshilfe) sei nur ein Mann beschäftigt. Es wäre wünschenswert, mehr männliche Mitarbeiter zu finden, die in den Familien, z.T. mit Migrationshintergrund auf mehr Akzeptanz stoßen würden. Dies sei aber schwierig zu erreichen, weil sich bei Ausschreibungen zu 95 % weibliche Bewerberinnen melden.

In technischen Berufen seien inzwischen mehr Frauen am Landratsamt beschäftigt. Im Rahmen der Ausschreibungen sei die Verwaltung aufgrund des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes weiterhin bemüht, in verschiedenen Bereichen ein anders geschlechtliches Personal zu finden, um einen Ausgleich stattfinden zu lassen.

Im Bereich der Auszubildenden sei es ähnlich. Der Überhang der Bewerbungen von Mädchen sei stärker.

Weiter berichtet er, im Rahmen der Neuorganisation zum 01.01.2011 seien sämtliche Fachbereichsleiterstellen ausgeschrieben worden. Es haben sich 21 männliche und 15 weibliche Mitarbeiter beworben. In diesem Verhältnis werde vermutlich auch die Bestellung zu den Fachbereichsleitern erfolgen. Es werde unter Berücksichtigung der beamtenrechtlichen Gesichtspunkte auch versucht, einen Ausgleich von Männern und Frauen zu erreichen.

Weitere Einzelheiten, auch zum Thema Beurlaubungen können dem Bericht entnommen werden. Trotz der Verbesserungen bei der Elternzeit nehmen überwiegend die Frauen die Elternzeit in Anspruch. Nach und nach machen auch Männer von der dreimonatigen Ergänzungselternzeit Gebrauch.

Der Vorsitzende begrüßt die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Wolf und bittet sie um ihre Ausführungen.

Frau Wolf merkt an: „Selbst ein Weg von tausend Meilen beginnt mit einem Schritt.“ Dieser Schritt sei im Landkreis Erding am 24.05.1996 mit der befristeten Umsetzung des Bayer. Gleichstellungsgesetzes getan worden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Seit 2006 gelte das Gleichstellungsgesetz unbefristet. Die Bayer. Staatsregierung berichtet dem Landtag gem. Art. 22 im Abstand von 5 Jahren über die Durchführung des Gesetzes. Daraus ergibt sich auch die Verpflichtung, alle 5 Jahre das Gleichstellungskonzept zu erstellen.

Die geforderten Daten seien im Konzept niedergeschrieben. Art. 5 bis Art. 12 werde mit der Unterstützung und in Zusammenarbeit aller Verantwortlichen in erkennbarer Weise umgesetzt.

Sie dankt dem Vorsitzenden für seine Unterstützung bei der Durchführung und Umsetzung des Bayer. Gleichstellungsgesetzes und des Gleichstellungskonzeptes im Landkreis und für die kooperative Zusammenarbeit. Sie wünscht allen ein erholsames Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr mit Erfolg, Gesundheit und Frieden.

Kreisrätin Stieglmeier merkt an, Realität sei, dass viele Frauen in Teilzeit arbeiten. Im Gleichstellungsbericht heißt es, dass Führungspositionen auch in Teilzeit besetzt werden sollen. Im Landratsamt seien 38 % der Beschäftigten in Teilzeit beschäftigt, davon 84,9 % Frauen. Bei den Leitungsfunktionen verteile sich das mit 70,5 % auf die Männer. Ziel des Gleichstellungsberichts sei, nicht nur alle 5 Jahre die Zahl festzustellen, sondern, dass Ziele formuliert werden.

Sie fragt, was im Landratsamt unternommen wird, um verstärkt Teilzeitbeschäftigung in Führungspositionen zu ermöglichen.

Sie habe auch dem Gleichstellungsbericht unter Ziff. 5.1.1 entnommen, dass eine neue Strategie zur Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern, genannt „Gender Mainstreaming“, implementiert werde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe bereits vor Jahren beantragt, dies umzusetzen. Der Antrag sei damals abgelehnt worden. Es heißt im Gleichstellungsbericht auch, „damit die Gender Mainstreaming - Strategie wirksam werden kann, ist ein Grundsatzbeschluss des Kreistages herbeizuführen“. Sie fragt, ob der Beschluss jemals gefasst worden sei.

Ziel von Gender Mainstreaming sei eine Förderung der geschlechtersensiblen Sichtweise in allen Themen. Gender Mainstreaming sei als Querschnittsaufgabe zu sehen. Sie denkt, das müsste auch z.B. in den Vorlagen der Verwaltung in den Ausschüssen umgesetzt werden. Es müsste klar ersichtlich sein, welche Auswirkungen ein Beschluss auf Männer und auf Frauen habe. Nachdem dies im Gleichstellungsbericht so steht, sollte dies auch ernst genommen werden.

Wenn dazu schon ein Kreistagsbeschluss gefasst worden sei, stellt sie den Antrag, dass die Gender Untersuchungen in Zukunft in den Vorlagen für die Ausschüsse und im Kreistag kenntlich gemacht werden.

Der Vorsitzende antwortet, Frauen in Teilzeitbeschäftigung für Führungspositionen zu gewinnen sei bereits umgesetzt worden. Zum Beispiel sei eine frühere Abteilungsleiterin, Frau Trettenbacher in Teilzeit beschäftigt.

Es heißt im Gleichstellungsbericht: „Damit die Gender Mainstreaming - Strategie wirksam werden kann, ist ein Grundsatzbeschluss des Kreista-



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

ges herbeizuführen. Er muss zum Ziel haben, durch die systematische Einbeziehung der Geschlechterperspektive in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen die Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern voranzubringen.“

Er geht davon aus, nachdem über das Konzept insgesamt abgestimmt worden sei, dass ein Extrabeschluss nicht erforderlich sei.

Er sichert zu, dass darüber nochmals berichtet werde.

Kreisrätin Stieglmeier erklärt sich damit einverstanden. Sie hätte aber gerne dargestellt, wie sich bestimmte Maßnahmen und Entscheidungsprozesse der Verwaltung auf Männer oder Frauen und auf die Arbeit in den Ausschüssen auswirken.

Der Vorsitzende sichert eine Prüfung zu.

Kreisrätin Bendl fragt zu Ziff. 5.1.3. „.... Auf die Schulung der Führungskräfte und der politischen Mandatsträger ist besonderes Augenmerk zu richten....“, wie die Schulungen für die politischen Mandatsträger aussehen und umgesetzt werden.

Zudem verweist sie auf Ziff. 8.9, wo die Aufnahme des Dienstes nach dem Ablauf der Elternzeit dargestellt sei.

Zu Ziff. 9 „Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen“ fragt sie, ob das Büro schon eingerichtet worden oder wann die Einrichtung geplant sei. Sie findet die Einrichtung eines Mutter/Vater-Kind-Büros im Notfall für eine gute Idee.

Sie denkt, ein größeres Problem sei Ziff. 11 „Ausgewogenes Verhältnis in Gremien“. Gremien seien die politischen Ausschüsse. Wenn eine Ausgewogenheit zwischen Männer und Frauen sein sollte, würde das bedeuten, dass bei der Entsendung der Mandatsträger darauf Rücksicht genommen werden müsste. Sie würde das als Bevormundung sehen. Das sollten vielmehr die Parteien entscheiden. Im Text heißt es: „Der Landkreis wirkt in seinem Bereich und darüber hinaus im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hin, dass Frauen und Männer gleichberechtigt in Gremien vertreten sind.“ Sie denkt, es müsste heißen: „dass das Verhältnis ausgewogen ist“. Sollte das wie in Ziff. 11 auch in den Gremien umgesetzt werden, wäre sie damit nicht einverstanden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass Grundlage für die Besetzung der Gremien und Ausschüsse selbstverständlich Wahlen seien und die jeweiligen Parteien die Entsendung aufgrund des Proporz vornehmen. Es könne aber darauf hingewirkt werden, geschlechtbezogen zu besetzen. Das sei jedoch Aufgabe der Parteien. Die Formulierung sei sinngemäß richtig, könne aber noch abgeändert werden.

Kreisrätin Eichinger fragt, wie die angebotenen Kinderbetreuungsplätze bei der AWO angenommen werden.



Der Vorsitzende sagt, darüber könne Kreisrat Steinberger besser Auskunft geben.

Kreisrätin Eichinger interessiert, ob weitere Maßnahmen geplant seien und welche konkreten Anstrengungen aufgewendet werden, um mehr Männer in die Teilzeit zu bringen.

LANDKREIS
ERDING

Herr Wirth antwortet, der Personalrat habe mit der AWO ein Belegungsrecht vereinbart. Den Service nutzen bereits einige Mitarbeiterinnen und haben aufgrund dessen ihr Stundenkontingent aufstocken können.

Büro des Landrats
BL

Die Möglichkeit für Männer, in Teilzeit zu arbeiten, werde angeboten. Zusätzliche Angebote seien jedoch schwierig.

Zum Beispiel habe ein Jurist knapp über zwei Monate Elternzeit in Anspruch genommen. Auf Nachfrage werde auch Heimarbeit ermöglicht. Es können aber nur die Möglichkeiten angeboten werden, die auch rechtlich im Rahmen des TVöD oder des Beamtenrechts möglich seien.

Kreisrat Dr. Kubo merkt an, ihm sei zu Seite 25 aufgefallen, dass auf den Landkreis aufgrund der Aufgabenverlagerungen (ILS, Hartz IV, etc.) und mit der stetig wachsenden Bevölkerung im Landkreis Erding ein kontinuierlicher Personalzuwachs zukommt, der die Verwaltung auch räumlich vor große Herausforderungen stellt. Das sei auch mit Mehrausgaben verbunden. Ihn interessiert, wie dringlich das sei.

Der Vorsitzende antwortet, das sei im Konzept mit der Umorganisation bereits integriert. Es werden keine zusätzlichen Maßnahmen notwendig.

Kreisrat Knur verweist auf das Gleichstellungskonzept. Es heißt: „...die derzeit zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten werden auf ihren Nutzungsgrad geprüft, um das notwendige Optimierungspotential ausfindig machen zu können.“ Er denkt, zusätzliche Räumlichkeiten seien derzeit nicht notwendig.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0071-14

Dem Gleichstellungskonzept – 3. Fortschreibung 2010 wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 58 : 0 Stimmen.**

6. Funkwesen

Einführung des Digitalfunks im Landkreis Erding

Vorlage: 2010/0763/1

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und bittet Kreisbrandrat Vogl Willi und Herrn Freytag, in Vertretung der zuständigen Sachgebietsleiterin, Frau Pettinger um Ausführung.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Freytag berichtet, schon seit längerem verfolgen der Bund und die Länder das Ziel, bei allen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein einheitliches digitales Sprech- und Datenfunksystem einzuführen. Dazu gehören u.a. die Feuerwehren, der Katastrophenschutz, das THW, die Rettungsdienste und auch die Polizei.

Für Bayern sei die Inbetriebnahme nach aktuellem Stand zwischen 2006 und 2016 geplant. Ende 2016 sollen dann alle BOS in Bayern über Digitalfunk verfügen.

Diesbezüglich haben mehrere Besprechungen, zusammen mit den Landräten der Landkreise Erding, Freising und Ebersberg, sowie der Kreisbrandräte, der Gemeindevorsitzenden, etc. stattgefunden und dabei sei auch die weitere Vorgehensweise beraten worden.

Der Zweckverband habe am 16.09.2010 den Beschluss mit der Empfehlung gefasst, dass die drei Landkreise zeitgleich den Digitalfunk einführen, um eine gewisse Planungssicherheit erreichen zu können.

Natürlich haben weder der Zweckverband, noch der Landkreis Erding oder die Kommunen einen direkten Einfluss auf den Netzaufbau, der vom Bayer. Staatsministerium des Innern bayernweit koordiniert wird. Sie seien jedoch für die Beschaffung der Funkgeräte für ihre Organisationen verantwortlich und müssen die entsprechenden Haushaltsmittel einplanen.

Die Förderung des Freistaates sei aktuell für den Zeitraum 2010 bis 2016 in Aussicht gestellt worden. Aufgrund der Schwierigkeiten beim Aufbau des Digitalfunknetzes könne davon ausgegangen werden, dass der Zeitrahmen verlängert werden müsse.

Bei der Einführung des Digitalfunks im Bereich der ILS Erding sei unter anderem auch die Umstellung der ILS selber auf Digitalfunk erforderlich. Es wäre äußerst vorteilhaft, wenn innerhalb des ILS-Bereiches eine zeitgleiche Umstellung aller drei Landkreise erfolgen würde.

Die Einführung des Digitalfunks sei derzeit noch sehr problematisch. Vor allem die Standortfestlegung werde wohl nochmals überarbeitet werden müssen. Es sei auch noch ungeklärt, wie z.B. mit Rettungsdienst- oder Feuerwehreinheiten aus Nachbarlandkreisen zu verfahren sein wird.

Bei den Endgeräten werden derzeit erstmals Meldeempfänger mit der sog. Tetra-Basis (Digitalfunkbasis) hergestellt.

Vor diesem Hintergrund sollte die Umstellung auf Digitalfunk in unserem Bereich noch etwas abgewartet werden. Um die Frist für die Förderung nicht zu überschreiten werde als Einführungszeitraum des Digitalfunks im Landkreis Erding das zweite Drittel 2014 vorgeschlagen.

Es sei sinnvoll, einen Zeitpunkt zu nennen, um den Haushalten in den Gemeinden eine gewisse Zeit zu geben, sich darauf vorzubereiten und entsprechend kalkulieren zu können.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Die Landkreise Ebersberg und Freising werden die dazu notwendigen Beschlüsse im Frühjahr 2011 fassen.

Kreisbrandrat Vogl ergänzt, es sei wichtig, einen Zeitpunkt zu vereinbaren, wann eine Umstellung auf Digitalfunk sein könnte. Das gesamte Digitalfunknetz werde für die Polizei aufgebaut. Die Feuerwehren seien Mitnutzer des Netzes. Die Rettungsdienste haben darauf keinen Einfluss.

Der Vorsitzende merkt an, es geht hier also nicht darum, welche Standorte im Landkreis benannt oder ausgewiesen werden, sondern um die Entscheidung der Umstellung. Der Landkreis sollte nicht bei den Ersten dabei sein. Um mehr Planungssicherheit zu haben sei auch von den beiden Nachbarlandkreisen als Zeitpunkt 2014 vorgeschlagen worden.

Auch die Gemeinden in den jeweiligen Landkreisen müssen sich in ihren Haushalten darauf vorbereiten und sollten wissen, bis wann die Einführung geplant sei.

Kreisrat Rübensaal merkt an, der Beschluss, der heute gefasst werden solle, sei mit Ausgaben verbunden. Im Vorlagebericht seien keine Zahlen genannt worden. Er denkt, wenn ein Beschluss mit finanziellen Auswirkungen gefasst werden soll, sollte schon eine Zahlenbasis vorliegen.

Er weiß von einer Reihe europäischer Länder, die bei der Einführung des Digitalfunks schon weiter sind und sich bereits mit Ausstiegsgedanken befassen und schon ausgestiegen seien.

Der Vorsitzende sagt, das Letztgenannte könne er nicht beurteilen. Er verweist auf den Vorlagebericht, in dem sehr wohl die Zahlen, einschließlich der Bezuschussung aufgeführt worden sind.

Nach momentaner Sachlage werden Kosten von 1.000 € pro Handfunkgerät, davon 80 % Förderung durch den Freistaat und 2.000 € pro Einbaufunkgerät, davon 80 % durch den Freistaat erforderlich. Es werden für den Landkreis Erding 35 Handfunkgeräte, 18 Halterungen, 7 Einbaugeräte und ca. 70 Meldeempfänger benötigt.

Er verliest den Beschlussvorschlag:

- Zeitgleiche Einführung des Digitalfunks für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im Landkreis Erding mit den Landkreisen Freising und Ebersberg; zumindest aber für alle BOS, die über die ILS Erding alarmiert werden (d.h. Feuerwehr, Rettungs- und Sanitätsdienst, THW, Katastrophenschutz)
- Geplanter Einführungszeitpunkt: im Jahr 2014 (im 2. Drittel), mit der Option der Verschiebung nach hinten wenn die Einführung bayernweit verschoben werden sollte.
- Weitergabe dieses Beschlusses zur Behandlung in den kommunalen Selbstverwaltungsgremien im Landkreis Erding mit der Bitte um Beschlussfassung.

Kreisrat Rübensaal fragt, ob es möglich sei, dafür einen Betrag einzusetzen.



Der Vorsitzende betont, für den Haushalt 2011 sei das nicht relevant, sondern erst für 2014. Es gehe allein um die Planungssicherheit in den Gemeinden.

Kreisrat Rübensaal denkt, nur wenn ein Betrag eingesetzt würde, hätten die Gemeinden Planungssicherheit.

Der Vorsitzende weist darauf hin, es könne nicht heute entschieden werden, zu welchem Preis die Beschaffung 2014 durchgeführt wird.

Kreisbrandrat Vogl ergänzt, im Vorlagebericht (Seite 2) seien die Kosten aufgelistet worden. Er denkt, mit einer Sammelbestellung könnten durchaus noch günstigere Preise erzielt werden. Jede Gemeinde habe die Möglichkeit auszurechnen, welche Kosten nach dem momentanen Stand 2014 erforderlich werden. Den Gemeinden sei bekannt, wie viele Funkgeräte, etc. sie brauchen.

Für den Landkreis seien die Kosten nach dem derzeitigen Stand schon errechnet worden. Über die Kosten der Meldeempfänger könne noch nichts gesagt werden, diese befinden sich noch in der Entwicklung.

Kreisrat Els fragt, ob ab 2014 zwei Funkssysteme parallel laufen können.

Kreisbrandrat Vogl denkt, vermutlich werde eine bestimmte Zeit parallel mit zwei Systemen gearbeitet werden müssen, denn es müssen die neuen Funkgeräte eingebaut und dann die alten Geräte ausgebaut werden. Außer es würde in der Zwischenzeit eine andere Möglichkeit geben, dass die Integrierte Leitstelle analog und digital zusammenschaltet werden könne. Das sei aber noch nicht getestet.

Er berichtet, der Netzabschnitt 34 (Stadt München, Landkreis München bis zum Flughafen) sei letzte Woche in den Probetrieb gegangen. In dem Probetrieb sei auch die Berufsfeuerwehr München dabei. Es werde langfristig auch der Landkreis München mit seinen über 40 Freiwilligen Feuerwehren dabei sein.

Der Vorsitzende betont, im Beschluss sollte nur ein ungefährer Zeitpunkt der Einführung festgelegt werden, um allen Beteiligten zu signalisieren, dass möglichst zeitgleich die Einführung 2014 geplant sei.

Kreisrat Fischer merkt an, er habe ein Problem mit Punkt 3 des Beschlussvorschlages, den er mit diesen Maßgaben so in seiner Gemeinde Isen nicht vollziehen möchte.

Der Vorsitzende betont, um eine Behandlung in den Gremien wird gebeten, es könne dazu niemand verpflichtet werden. Die Vorteile bezüglich der Beständigkeit des Netzes und der Funksicherheit sei bei diesem neuen Funkssystem deutlich besser. Die Polizei arbeite bereits nach dem System. Die Überlegung sei gewesen, den Gemeinden das mitzuteilen, damit z.B. 2013 nicht noch Altgeräte angeschafft werden. Der Beschluss sei als Hilfestellung an die Städte, Märkte und Gemeinden gedacht. Er stellt fest, das bisherige Funkssystem könne weiterhin in einer einzelnen Gemeinde so bleiben, denn ein Parallelbetrieb müsse gewährleistet sein. Er denkt aber, dass das digitale Funkssystem wesentlich stabiler sein und mehr Vorteile bringen wird.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Er erinnert, vor ungefähr einem Jahr sei noch diskutiert worden, wer die Kosten tragen wird. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich sehr dafür eingesetzt, dass der Freistaat mit einer großzügigen Bezuschussung die Umstellung besser ermöglicht. Der Freistaat bezuschusst alle Geräte mit 80 % der Kosten.

Sollte eine Gemeinde das nicht interessieren, werde das keiner verhindern. Es sei aber fraglich, ob das aus Sicht der Gemeinde sinnvoll sei.

Kreisbrandrat Vogl ergänzt zu den Kosten, ein Ersatzakku für ein Handfunkgerät kostet zwischen 70 und 100 €. Ein neues Funkgerät ca. 200 €. Voraussichtlich wird der Preis noch günstiger werden.

Kreisrat Wiesmaier berichtet, er sei bei den Besprechungen als Vertreter der Gemeinden dabei gewesen. Die Landkreise Erding, Ebersberg und Freising befinden sich auf einem guten Weg. Es sollte aber nicht übereilt gehandelt werden. Er spricht sich dafür aus, die Frist 2014 zu setzen. München-Land habe den Digitalfunk probeweise schon eingeführt. Es sollten die Ergebnisse abgewartet werden.

Er denkt, es sei ungut, wenn die Gemeinden eine Vorgabe bekommen. Er schlägt vor, den 3. Absatz des Beschlussvorschlages zu ändern: „mit der Bitte um Beschlussfassung“.

Daraufhin formuliert der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag:

KT/0072-14

- Zeitgleiche Einführung des Digitalfunks für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im Landkreis Erding mit den Landkreisen Freising und Ebersberg; zumindest aber für alle BOS, die über die ILS Erding alarmiert werden (d.h. Feuerwehr, Rettungs- und Sanitätsdienst, THW, Katastrophenschutz)
- Geplanter Einführungszeitpunkt: im Jahr 2014 (im 2. Drittel), mit der Option der Verschiebung nach hinten wenn die Einführung bayernweit verschoben werden sollte.
- Weitergabe dieses Beschlusses zur Behandlung in den kommunalen Selbstverwaltungsgremien im Landkreis Erding mit der Bitte um Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 52 : 6 Stimmen.**

7. Landwirtschaftswesen; Abmarkungsgesetz (AbmG) Änderung der Gebührenordnung für Feldgeschworene Vorlage: 2010/0810

Der Vorsitzende bittet Herrn Mittermüller um Ausführung.

Herr Mittermüller verweist auf die versandte Vorlage und erklärt, für die Tätigkeit von Feldgeschworenen (Grenzzeichen und Grenzsteinsetzungen) habe der Kreistag in der Satzung vom 01.09.1990 die Gebührensätze hierfür festgelegt. 1996 sei eine Änderung vorgenommen worden. 2001 sei die Satzung erneut geändert und die Gebühren der Lohnstufe 7/St. 8 BMT-GII (Tarifvertrag für die gemeindlichen Arbeiter) an den öffentlichen Dienst ange-

passt worden. Aufgrund der Reform des Tarifrechts 2005 sei der BMT-G II und der BAT abgeschafft, bzw. durch den TVöD ersetzt worden. Deshalb werde vorgeschlagen, die Entgelte der Entgeltgruppe 8/St. 6 TVöD anzugleichen.



LANDKREIS
ERDING

Ohne Diskussion fasst der Kreistag folgenden Beschluss:

KT/0073-14

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit von Feldgeschworenen im Landkreis Erding wird gemäß beiliegendem Satzungsentwurf beschlossen.

Büro des Landrats
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 58 : 0 Stimmen.**

8. Haushaltswesen **Haushaltsberatung 2011** **Vorlage: 2010/0809**

Der Vorsitzende erklärt, erst vor kurzem sei er von einer chinesischen Delegation beim Besuch des Neubaus FOS/BOS gebeten worden, eine kurze Beschreibung über den Landkreis abzugeben.

„Der Landkreis Erding sei ein Landkreis mit geringer Arbeitslosigkeit, mit der jüngsten Bevölkerung, dem größten Zuzug und der höchsten Steigerung bei den Übernachtungen in Oberbayern. Damit sei der Landkreis nicht umfassend beschrieben, aber zutreffend. Der Landkreis sei eine Region mit größter Perspektive in der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gehören aber auch andere Landkreise in der Nachbarschaft.

Er glaubt, es seien in dem fast abgelaufenen Jahr einige Entscheidungen für die künftige Politik und Entwicklung getroffen worden.

Er erinnert, dass insbesondere das Thema Optionskommune diskutiert worden sei und eine breite Mehrheit des Kreistages zugestimmt habe, Optionskommune werden zu wollen. Auch die Abfallgebührensatzung sei neu beschlossen worden.

Es sei wie jedes Jahr schwierig, einen Haushalt aufzustellen, wenn man dazu die Rahmenbedingungen kennt und weiß, dass in diesem Jahr erstmals seit ein paar Jahren die Umlagekraft gesunken sei und damit weniger Geld zur Verfügung steht. Das bedeutet auch, zu prüfen, wo noch Einsparungen möglich sind.

Es fällt ihm dabei der Spruch ein: „Hüte dich vor den kleinen Ausgaben, denn auch ein kleines Leck kann ein großes Schiff zum sinken bringen“.

In den Ausschusssitzungen sei über Einsparungen diskutiert worden.

Der Haushaltsentwurf 2011 habe ein Haushaltsvolumen von 105.989.000 € im Verwaltungshaushalt und nach den Änderungen, vom Kreisausschuss empfohlen, 105.560.000 €.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Im Vermögenshaushalt beträgt das Haushaltvolumen 12.360.000 €, nach den Änderungen, vom Kreisausschuss empfohlen, 12.298.000 €. Das ergibt ein Gesamthaushaltvolumen nach den Beratungen im Kreisausschuss von 117.858.000 €.

Das Volumen des Verwaltungshaushaltes steigt gegenüber dem Vorjahr um 3.094.000 € bzw. 3,02 %.

Nach dem Rückgang der Umlagekraft beträgt die vom Statistischen Landesamt veröffentlichte endgültige Umlagekraft 106.555.363 €, im Vorjahr waren es 118.144.942 €. Eine Reduzierung um rd. 12 Mio €, ähnlich wie im Jahr 2009. Auch damals habe der Landkreis gut wirtschaften und viel erreichen können.

Die Einnahmen aus der Kreisumlage verringern sich bei gleichem Hebesatz wie 2010 (49,1 %) aufgrund der geringeren Umlagekraft um 5.690.484 €.

1991 hatte der Landkreis eine Umlagekraft von 41.486.000 € (bereits auf Euro umgerechnet). 2001 habe die Umlagekraft rd. 73 Mio € betragen und 2011 liege der Landkreis bei rd. 106 Mio €.

Nur um das Defizit auszugleichen und um das gleiche Geld im Haushalt zur Verfügung zu haben, müsste die Kreisumlage auf 54,44 % festgesetzt werden.

Das würde bedeuten, dass gleichzeitig die Bezirksumlage auch aufgrund der geringeren Umlagekraft geringer ausfallen würde. Die Bezirksumlage bleibt prozentual nicht gleich, sondern erhöht sich um 2,7 % auf 23,7 %. Das bedeutet nochmals eine Steigerung um 443.183 €. Die Kreisumlage müsste demnach auf 54,8 %-Punkte festgesetzt werden.

Im versandten Entwurf sei eine Kreisumlage von 55,23 % festgelegt worden, was einen Gesamtbetrag von 58.850.527 € entspricht. Damit wäre eine Erhöhung um 841.360 € im Vergleich zu 2010 zu leisten.

Bei diesen Annahmen seien die Schlüsselzuweisungen um 1.430.000 € erhöht angesetzt worden.

Natürlich ergeben sich auch Mehreinnahmen, z.B. habe der Landkreis bei der Schülerbeförderung eine erhöhte Zuweisung mit + 73.000 € bekommen.

Mehrausgaben ergeben sich bei den Personalkosten. Sie steigen um 576.400 €. Dabei sei die tarifliche Erhöhung von 0,81 % bereits eingeplant worden.

Die Personalkosten für die Integrierte Leitstelle steigen um 61.450 €. In der Abfallbeseitigung verringern sie sich um 75.490 €.

Eine zusätzliche Personalausweitung sei im Jugendamt, bei der ILS und der Abfallbeseitigung vorgenommen worden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Zuschussbedarf Jugendhilfe steigt auf die Rekordsumme von 11.246.119 €. Eine Steigerung von 678.938 €, ohne Personal- und Verwaltungskosten. Im Durchschnitt habe der Landkreis Erding mit die höchsten Ausgaben je Einwohner im Bereich Jugendhilfe. Der Landkreis Erding habe 2008 77 € je Einwohner für die Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. Damit liegt der Landkreis an 3. Stelle der Ausgaben je Einwohner in Oberbayern, nach dem Landkreis München mit 96 € und dem Landkreis Fürstenfeldbruck mit 78 €. Die Zahlen für 2009 seien noch nicht bekannt.

Im Bereich der Sozialhilfe steigt der Zuschussbedarf um +51.531 €. Im Bereich Hartz IV werde angenommen, dass es aufgrund der gesunkenen Arbeitslosenzahlen ein Zuschussbedarf von -438.305 sein wird.

Entsprechende Mehrkosten ergeben sich beim Bauunterhalt mit +658.570 €. Die Gesamtkosten im Bauunterhalt betragen 3.324.880 €. Darin enthalten seien 2.738.080 € allein für die Schulen.

Mehrausgaben ergeben sich bei den Energiekosten um +123.100 € und bei den Reinigungskosten mit +120.510 €.

Weniger Ausgaben ergeben sich beim ÖPNV. Der Zuschussbedarf des Landkreises verringert sich um -280.820 €.

Weniger Ausgaben seien auch bei den Zinsausgaben für Kredite mit -69.600 € eingeplant worden.

Minderausgaben ergeben sich bei den Zinseinnahmen aufgrund des niedrigeren Zinsniveaus mit -125.000 €.

Zudem sei eine Zuführung an den Vermögenshaushalt mit -263.000 € eingeplant (Zuführung 2011 3.867.000 €, 2010 4.130.000 €).

Zu den Freiwilligen Leistungen, insgesamt 813.532 € merkt er an, es sei für die verschiedensten Vereine und Einrichtungen notwendig, dass sie unterstützt werden.

Das Gesamtvolumen im Vermögenshaushalt beträgt 12.360.000 €.

Einzelne Positionen sind:

Die Sanierung der Realschule Taufkirchen mit 2011 eingeplanten Kosten von 265.526 €, die Umplanung des Physikbereichs am Anne-Frank-Gymnasium mit 600.000 €, der Umbau der Verwaltung am Korbinian-Aigner-Gymnasium mit 150.000 €, der Neubau FOS/BOS mit 3.304.508 €, die Erweiterung des Förderzentrums Erding (Planungskosten) mit 100.000 €, die Erweiterung des Förderzentrums Dorfen mit 871.000 € und die Abfallbeseitigung, Recyclinghöfe mit 604.360 €.

Für den Straßenbau sei brutto eine Summe von 1.945.000 € eingeplant worden, eine deutliche Steigerung gegenüber 2010 (1.747.900 € brutto).

Der Vorsitzende betont, das alles könne finanziert werden, obwohl die Umlagekraft sinken wird, weil die allgemeine Rücklage auf den gesetzlichen Mindeststandard zurückgeführt werde. Eigentlich sei geplant gewe-



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

sen, damit die Schulden zu tilgen. Jetzt werde der Betrag von 3.893.000 € verwendet, um moderat auf die allgemeinen Steigerungsraten zu reagieren und um die Gemeinden nicht über Gebühr zu belasten.

Zum Stellenplan merkt er an, bei den Beamtenstellen gebe es keine Mehrung und somit keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Bei den Beschäftigten gebe es eine Stellenmehrung von 3,07 Stellen (bei der ILS, dem Jugendamt und der Abfallbeseitigung).

Der Ausschuss für Bauen und Energie habe am 15.11.2010 seinen Empfehlungsbeschluss einstimmig gefasst. (Die Umbaumaßnahme beim Korbinian-Aigner-Gymnasium im Bereich Verwaltung, Küche und Musikzimmer mit Gesamtkosten von 240.000 € wird auf 2 Jahre aufgeteilt: 2011 150.000 € (Verwaltung) und sofern es die Haushaltslage 2012 zulässt 2012 mit 90.000 €). Die Umsetzung der Bühnentechnik sei einstimmig abgelehnt worden.

Der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt habe am 22.11.2010 und der Ausschuss für Bildung und Kultur am 29.11.2010 den Empfehlungsbeschluss jeweils ohne Änderungen einstimmig gefasst.

Der Jugendhilfeausschuss habe den Empfehlungsbeschluss am 01.12.2010 mit 10 : 2 Stimmen und der Kreisausschuss am 06.12.2010 den Empfehlungsbeschluss einstimmig (Empfehlung: Festsetzung der Kreisumlage auf 54,51 %-Punkte) gefasst.

Danach wäre zum Ausgleich des Haushalts 2011 eine um +74.162 € höhere Kreisumlage als 2010 notwendig.

Die Änderungen, die sich vom versandten Entwurf bis zur Kreisausschusssitzung ergeben haben, seien als Tischvorlage ausgeteilt worden.

Änderungen haben sich bei den Schlüsselzuweisungen ergeben. Der neue Ansatz liege bei 11.905.500 € (Der Freistaat Bayern hebt die Kommunalquote am allgemeinen Steuerverbund im Vergleich zu 2010 von nochmals 12,0 € auf 12,2 % an. Damit werde sich der Ansatz nochmals um 337.105 € erhöhen).

Die Krankenhausförderung soll 2011 insgesamt um ca. 50 Mio € zurückgefahren werden, so dass von einer zusätzlichen Verringerung der Krankenhausumlage von ca. 10 % auszugehen sei (285.482 €). Der neue Ansatz liege bei 2 Mio €.

Zum Vermögenshaushalt erklärt er, bei den Schulausstattungen verringern sich die Ausgaben durch die Einsparungsvorschläge der Schulen gegenüber dem Entwurf nochmals um insgesamt – 64.000 €. Die Schulleiter seien nochmals gebeten worden, zu prüfen, ob noch Einsparungen möglich seien.

Das Gesamtvolumen beträgt neu 12.296.000 €.



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Die zwischenzeitlichen Änderungen, die sich **nach** der Sitzung des Kreis-ausschusses ergeben haben seien ebenfalls als Tischvorlage verteilt worden. Es haben sich noch gravierende Erhöhungen ergeben. Zum einen müsse der Ansatz für Gastschulbeiträge bei der Berufsschule um 200.000 € auf nun 1.500.000 € erhöht werden. Der Grund sei, dass sich durch hohe Investitionskosten an den städtischen Berufsschulen in München die Ausgaben um rd. 400 € je Schüler je Jahr auf nunmehr rd. 2.200 € je Gastschüler erhöhen. Der Gastschulbeitrag für den Besuch der Berufsschule Erding beträgt im Vergleich dazu 702,93 €.

Die zweite Änderung sei die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses an den MVV. Am 08.12.2010 habe der MVV einen aktualisierten Finanzrahmen vorgelegt. Danach erhöht sich der Betriebskostenzuschuss gegenüber dem HH-Ansatz um 179.500 € auf 2.698.800 €.

Das alles zusammen gerechnet ergibt eine Kreisumlage von 54,8 %-Punkten. Nachdem jedoch der Kreisausschuss bereits einen Empfehlungsbeschluss mit 54,51 %-Punkten gefasst hat und der Beschluss auch umgesetzt werden sollte schlägt der Vorsitzende vor, den Ansatz für die Grunderwerbssteuer 2011 von 1.500.000 € auf 1.800.000 € zu erhöhen. Er berichtet, erst in den letzten Tagen habe er von zwei Bürgermeistern die Mitteilung bekommen, dass größere Grundstücksgeschäfte erwartet werden. Es gebe dazu zwar noch keine konkreten Zahlen und keine genauen Termine. Um jedoch dem Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses Rechnung zu tragen sei es vertretbar, den Ansatz bei der Grunderwerbssteuer zu erhöhen und die Kreisumlage mit 54,51 %-Punkten festzusetzen.

Er bedankt sich bei den Mitgliedern des Kreistages für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in den Ausschüssen. Es sei eine gute Möglichkeit gefunden worden, diesen Haushalt präsentieren zu können. Er bedankt sich auch bei den Mitarbeitern in der Verwaltung. Er bittet, dem vorgetragenen Haushalt zuzustimmen.“

Kreisrat Schmidt erinnert an die Diskussion zum Kreiskrankenhaus im Frühjahr. Der Kreistag möchte diese kommunale Einrichtung erhalten. Die Mitarbeiter dort machen eine gute Arbeit und verdienen Anerkennung. Es bleibe zu hoffen, dass das Kreiskrankenhaus 2011 unter neuer Leitung, trotz der Auswirkungen durch die Bundesgesundheitspolitik, in ruhiges Fahrwasser kommen wird.

Es sei auch die Planung zur Nordumfahrung Erding zur Kenntnis genommen worden. Die neuen Ergebnisse müssen abgewartet werden.

Die 3. Start- und Landebahn werde hoffentlich von allen Mitgliedern, mit Ausnahme der FDP, auch weiterhin gemeinschaftlich abgelehnt. Es müssen die Entscheidungen getroffen werden. Er denkt, die Bürger sollten bei Großprojekten stärker als bisher berücksichtigt werden.

Nicht zuletzt sei die Entscheidung, Optionskommune werden zu wollen, getroffen worden. Es sei abzuwarten, ob der Antrag des Landkreises berücksichtigt werde. Er bedankt sich bei den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Leider habe es in den letzten Tagen auch eine Stellungnahme zur A 94 gegeben. Die Bemerkung des Vorsitzenden sei manchen wie eine Ohrfeige vorgekommen. Er erinnert, Haushaltsberatungen seien immer eine Besprechung oder Bewertung der Arbeit über das vergangene Jahr. Dies müsse deshalb schon zur Kenntnis genommen werden.

Der Haushalt spiegelt auch immer die Ziele und Absichten des Kreistages wieder. Der Vorsitzende habe zu Recht dargestellt, dass viele Investitionen in den verschiedensten Bereichen getätigt worden sind. Auch die Investitionen in die Infrastrukturmaßnahmen, in Schulen, etc. seien wichtige Investitionen. Der Landkreis investiert auch einen erheblichen Betrag in die Menschen (Jugendhilfe). Auch die Kommunen haben dazu einen erheblichen Beitrag zu leisten. Es sei schon eine imponierende Zahl und gewaltige Steigerung, wenn 2006 noch 43,8 Mio € zu zahlen waren und 2011 über 48 Mio € dafür erforderlich werden. Leider beteiligt sich der Freistaat nicht in gleichem Maße bei den Belastungen, die auf den Landkreis und die Kommunen übertragen werden. Kollege Knur habe es bereits in der Kreisausschusssitzung angesprochen, dass die Kommunen entsprechend den Aufgaben, die vom Freistaat übertragen werden, entlastet werden müssten. Obwohl die Schlüsselzuweisungen um 2 % gestiegen seien glaubt er, dass die Kommunen und die Landkreise eine Schlüsselzuweisung von ca. 15 % bräuchten. Er denkt, dass letztendlich das Finanzdebakel bei der Landesbank die finanziellen Möglichkeiten des Freistaates sehr stark eingrenze.

Auch durch die Aufgaben, die die Bezirke haben, werde der Landkreishaushalt durch die Bezirksumlage stark eingegrenzt. Insgesamt könne die SPD-Fraktion dem vorliegenden Haushalt 2011 zustimmen. Einige Bereiche werden allerdings kritisch gesehen.

Er wünscht, dass die Einrichtungen, die freiwillige Leistungen des Landkreises erhalten, ihre Arbeit im zuständigen Ausschuss vorstellen oder Berichte geben sollten. Zum Beispiel werden bei der Fischer's Stiftung, beim Kreiskrankenhaus, der Airfolgsregion oder der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft die Berichte gegeben. Dies wäre auch bei anderen Beteiligungen sinnvoll. Die Baugenossenschaft Erding habe seines Wissens noch nie einen Bericht gegeben. Er wünscht, dass dies im nächsten Jahr berücksichtigt werde.

Nachdem das Jugendamt neu organisiert worden sei, sollte auch das ein Thema sein.

Letztendlich müsse auch die Schulsituation immer wieder neu geprüft werden (Entwicklung bei Realschulen und Gymnasien). Er regt an, darüber nachzudenken, ob die Schulsozialarbeit an den weiterführenden Schulen vom Landkreis weiter bezuschusst werden solle. Diese Kosten zahlen zum großen Teil die Eltern selbst. Er denkt, dass dies auch Aufgabe des Freistaates wäre. Solange der Freistaat die Kosten aber nicht übernimmt, sollte der Landkreis die Arbeit unterstützen.

Zum Haushalt merkt er an, im Kreisausschuss sei eine Verbesserung der Lautsprecheranlage im Sitzungssaal diskutiert worden. Eine große Konferenzanlage oder dass sich zwei Kreisräte ein Mikro teilen, hält er jedoch



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

nicht unbedingt für notwendig. Eine Verdunklung sei dagegen dringend erforderlich, damit die Präsentationen qualitativ (auch die Tonqualität) besser dargestellt werden können. Der Bereich sollte genau geprüft werden.

Weiter regt er an, die HH-Ansätze für die freiwilligen Leistungen für Prop e.V. (7.000 €) und die Ehe- und Familienberatung (5.500 €), die gestrichen worden sind, wieder einzuplanen. Er denkt, wenn Organisationen Aufgaben des Landkreises übernehmen, sollten sie auch unterstützt werden.

Ihm sei weiter aufgefallen, dass der Zuschuss für den Kreisjugendring seit vielen Jahren gleich gewährt wird. Die inzwischen stattgefundenen Tarifierhöhungen verringern den Zuschuss automatisch. Er plädiert dafür, dem Kreisjugendring den Teil (eine Summe zwischen 1.500 € und 5.000 €) mehr zur Verfügung zu stellen, damit die tariflich abgesicherten Löhne auch gezahlt werden können.

Weiter regt er an, was bereits der Seniorenreferent der Stadt Erding angeregt habe, am Bauernhausmuseum ein Behinderten-WC einzurichten. Er fragt, ob es notwendig sei, dafür Mittel im Haushalt einzuplanen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass im Bauunterhalt dafür bereits Mittel eingeplant worden sind.

Kreisrat Schmidt erklärt weiter, es sei bekannt, dass er die Arbeit der Airfolgsregion sehr kritisch begleitet. Er habe sich für die Einrichtung ausgesprochen. Inzwischen sei er aber auch der Meinung, dass die eingeplanten Mittel i.H.v. 80.000 € sehr viel Geld seien. Er weist darauf hin, dass der Tourismus nur ein Teil der Aufgabe sei. Der andere Teil beinhaltet die Zusammenarbeit in der Region, etc. Der Vorsitzende sollte schon Wert darauf legen, dass der Bereich nicht nur darin besteht, dass Radwege erschlossen werden. Das könne der ADAC besser als die Airfolgsregion. Es gehe vielmehr darum, die Zusammenarbeit, die Entwicklung in den Städten und Landkreisen Erding – Freising zu erhöhen. Ansonsten müsste überlegt werden, ob die Tourismusunternehmen finanziell an dem Konzept mit beteiligt werden sollen. Es sollte nicht nur der Bereich der Stadt Erding davon profitieren, sondern auch die Gemeinden im Landkreis.

Weiter merkt er an, letztendlich müsse der Bereich der Heizungs- und Energiekosten näher geprüft werden, weil sich die Kosten stark erhöht haben. Auch bei den Reinigungskosten sollte geprüft werden, ob eine Verbesserung mit eigenem Personal erreicht werden könnte.

Er bedankt sich bei der Kämmerei und den Mitarbeitern im Landratsamt, die viel Engagement und Einsatz gezeigt haben. Er wünscht ein gutes Neues Jahr.

Der Vorsitzende merkt zu den Ausführungen an, zum Thema A 94 habe er bei der Pressekonferenz nicht als kommunaler Wahlbeamter und nicht als Mitglied des Kreistages gesprochen, sondern als Amtsleiter des Staatlichen Landratsamtes, das für die Enteignungen zuständig sei.

Er erklärt, bezüglich der Reinigungskosten habe Kreisrätin Stieglmeier schon angefragt. Die Informationen werde er Kreisrat Schmidt zukommen lassen. Die höheren Heizungs- und Energiekosten seien fast ausschließ-



lich auf tarifliche Steigerungen und Vertragsanpassungen zurückzuführen. Zudem seien zusätzliche Gebäude (z.B. ab April 2011 der Neubau FOS/BOS) dazu gekommen.

Kreisrat Treffler erklärt, in den verschiedenen Ausschusssitzungen seien Änderungen im Haushaltsentwurf vorgenommen worden.

LANDKREIS
ERDING

Gerne hätte die ödp-Fraktion die Rahmenbedingungen verändert (Bezirksumlage, deutlich gesunkene Umlagekraft, etc.).

Büro des Landrats
BL

Kurzfristig kommen neue Zahlen hinzu. Umso schöner sei es, wenn diese höheren Ausgaben durch Einnahmen bei der Grunderwerbssteuer kompensiert werden können. Er weiß aber nicht, ob das aufgrund einer vagen Aussage verantwortet werden könne. Er fragt, ob der Vorsitzende in einem nichtöffentlichen Teil mehr zur Veräußerung der Grundstücke sagen könne.

Er merkt weiter an, man würde es sich einfach machen, wenn man mit dem Finger auf den Bezirk zeigen würde. Denn auch der Bezirk Oberbayern habe Pflichtaufgaben zu erfüllen, vor allem im sozialen Bereich.

Auch im Landkreis Erding sei kein Ende beim Anstieg der Ausgaben im Bereich Soziales und der Jugendhilfe abzusehen. Es steigen wieder einmal die Zahlen um ca. 1 Mio €. Die Kosten laufen aus dem Ruder. Die Gesellschaft überfordert viele in einem Prozentsatz, der finanziell weh tut. Immer mehr Menschen werden auch bei uns immer ärmer. Viele Menschen, die hier her kommen, um vom Kuchen des allseits prognostizierten Wachstums ein Stück zu bekommen, erhalten nicht einmal das Geld, das für ein menschenwürdiges Leben notwendig sei. Welcher Normalverdiener könne sich in Erding oder in der Umgebung noch Immobilienbesitz erarbeiten, eine früher beliebte Form der Absicherung fürs Alter. Wer könne es sich noch leisten, einige Jahre bei den Kindern daheim zu bleiben. Wer leistet sich in der arbeitenden und karrierebewussten Schicht überhaupt noch Kinder. Es gibt Ausnahmen, aber die Zahlen zeigen eindeutig einen Trend.

Die Wirtschaftszahlen steigen nach oben. Ebenso steigen die Kosten bei den in Heimen untergebrachten Jugendlichen, die der Landkreis Erding übernehmen müsse. „Jeder sei seines Glückes Schmied“, schreibt der Bürgermeister und stellv. Landrat Gotz in seinem Weihnachtsgruß. Das klingt gut, aber leider haben viele nicht mehr den Hammer in der Hand oder nicht mehr das Material zum Schmieden.

Der Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die freiwilligen Leistungen für die Suchtprävention und die Familienberatung nicht ganz zu streichen sei von der Mehrheit abgelehnt worden. Seiner Überzeugung würden sich diese Ausgaben aber rechnen.

Er möchte keine persönlichen Vorwürfe machen. Trotzdem habe er den Eindruck, als würde viel zu oft bei den Haushaltsvorberatungen oder auch anderen Sitzungen und in der Region das Wachstum als Lösung aller Probleme betrachtet. Die Realität hinter den Zahlen werde oft nicht gesehen. Erfolg habe immer zwei Seiten. Er bittet alle, die die Möglichkeit haben, bei der Staatsregierung und auch Bundesregierung immer wieder deutlich zu machen, dass einige Kommunen ihre Haushalte nicht mehr

problemlos aufstellen können und auch in der Airfolgsregion ein explosives Wachstum die Lebensqualität mindern könne.

Die ödp-Fraktion werde dem Haushaltsentwurf, vorausgesetzt, bezüglich der Grunderwerbssteuer noch Näheres zu erfahren, zustimmen.

Er bedankt sich für die gute Zusammenarbeit bei allen und wünscht Frohe Weihnachten.

Der Vorsitzende antwortet, bezüglich der höheren Einnahmen bei der Gewerbesteuer könne er nichts Näheres sagen, das sei Sache der jeweiligen Gemeinde. Die Einnahmen seien geschätzt worden. Die Erhöhung des Ansatzes bei der Gewerbesteuer sei ein Angebot, um den Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses bezüglich der Kreisumlage einhalten zu können. Für den Landkreis gebe es nur die Möglichkeit, die geschätzten Einnahmen einzuplanen oder nicht und die Kreisumlage entweder auf 54,8 %-Punkte oder 54,51 %-Punkte festzusetzen.

Kreisrat Knur erinnert bei einzelnen Steuervorgängen an das Steuergeheimnis. Dem Wunsch von Kreisrat Treffler könne deshalb nicht entsprochen werden.

Kreisrätin Stieglmeier merkt an, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem aktuellen Haushaltsentwurf und dem Vorschlag, die Kreisumlage auf 54,51 %-Punkte festzusetzen, zustimmen. Sie habe aber noch einige Änderungswünsche zum Haushaltsentwurf und bittet, über diese Änderungswünsche auch abzustimmen.

Kein Konsens besteht in der Fraktion zum Thema „Ausrüstung des Sitzungssaals“. Das Thema sei im Kreisausschuss und Ausschuss für Bauen und Energie behandelt und darüber unterschiedlich abgestimmt worden. Sie würde gerne, wenn der Punkt extra diskutiert wird, dazu ihre Meinung sagen.

Konsens besteht zum bereits in den letzten Jahren gestellten Antrag, Prop e.V. den beantragten Zuschuss zu gewähren.

Darüber hinaus beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erneut, den Zuschuss für die katholische Ehe- und Familienberatung nicht komplett zu streichen, sondern in diesem Jahr zumindest nochmals die Hälfte noch einmal zu gewähren, um den Übergang zu erleichtern.

Wie in den letzten Jahren möchte sie auch heuer wieder den Antrag stellen (wenn auch wahrscheinlich erfolglos), aus dem Konstrukt Airfolgsregion auszusteigen.

Kollege Schmidt habe die Steigerung bei den Reinigungskosten, speziell an den Schulen, angesprochen. Sie stellt den Antrag, im Kreistag zu diskutieren und zu prüfen, ob es nicht sinnvoller wäre, künftig die Reinigungsarbeiten in Eigenregie zu machen. Die Frage sollte bereits Anfang des Jahres und nicht erst zu den nächsten Haushaltsberatungen geprüft werden. Es sei in jedem Jahr eine Erhöhung der Kosten festzustellen und nicht jedes Jahr sei es eine Tarifierhöhung gewesen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



Sehr positiv sieht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Rückkehr zur Beratung des Haushaltsentwurfs in den Ausschüssen, wenn die nötigen Streichungen öffentlich und transparent diskutiert werden.

Auch positiv möchte sie die Diskussion zur Optionskommune hervorheben. Sie bedankt sich für die offene und ausreichende Information.

LANDKREIS
ERDING

Sie wünscht sich für künftig, dass diese Art der Informationspolitik immer Gang und Gäbe sei und nicht nur dann, wenn eine zwei Drittel Mehrheit benötigt wird.

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende merkt an, für die Mikrofonanlage für den Sitzungssaal seien im Haushaltsentwurf keine Mittel eingeplant. Trotzdem sollte sich die Verwaltung im Laufe des nächsten Jahres mit dem Thema befassen.

Kreisrat Els merkt an, wie kommentiert man einen Haushaltsentwurf, der eine Kreisumlage von knapp 55 %-Punkte festlegt, die höchste Kreisumlage seit Bestehen des Landkreises Erding und wohl auch eine der höchsten im Bezirk Oberbayern. Wie kommentiert man einen Haushaltsentwurf mit einem Gesamthaushaltsvolumen von ca. 117 Mio €, einem Verwaltungshaushalt von fast 106 Mio €, wovon 56 Mio € die 26 Gemeinden des Landkreises bezahlen.

Der Umstand, dass die Umlagekraft dabei real betrachtet gegenüber den Vorjahren relativ gleich bleibt, macht es den Gemeinden nicht leichter, die Kreisumlage zu bezahlen. Natürlich habe auch der Landkreis wirtschaftlich angespannte Jahre hinter sich. Die Finanz- und Wirtschaftskrise scheint sich zu verflüchtigen. Bei den Ausführungen der Vorredner könne er Begehrlichkeiten hören, was alles wünschenswert wäre.

Der herbeigesehnte, angekündigte, errechnete und viel zitierte Aufschwung sei bei den öffentlichen Haushalten meist noch nicht angekommen. So bleiben bei den Kommunen und auch beim Landkreis Haushaltslöcher. Die Kreistagsmitglieder haben sich für den weiteren Ausbau der Schulen und für den Erhalt des Kreiskrankenhauses entschieden. Das sei so richtig.

Nicht mehr hinnehmbar sei für den Landkreis und auch für die Gemeinden die permanente Erhöhung der Ausgaben im sozialen und im Jugendhilfebereich. Diese verpflichtenden Ausgaben engen den Spielraum immer mehr ein und zwingen den Landkreis und auch die Gemeinden, kreiskommunale Aufgaben zu vernachlässigen, wie z.B. den Unterhalt der Gebäude, den Ausbau des ÖPNV, den Ausbau und Unterhalt der Straßen, etc.

Der Landkreis sei als die wichtigste Einnahmequelle einseitig abhängig von der Kreisumlage. Knapp 55 % Kreisumlage werfen die Frage auf, wo die Belastungsgrenze der Gemeinden erreicht sei. Er denkt, die Belastungsgrenze für die Gemeinden sei bereits erreicht. Den alten Grundsatz: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ könne niemand mehr befolgen, weder der Landkreis noch die Gemeinden.

Die FW-Fraktion werde den Haushalt dennoch mittragen, weil es hierzu keine Alternative gibt. Er sei jedoch nicht so euphorisch, wie manche in den Medien immer verlauten lassen. Es stellt sich die Frage, ob im nächs-

ten Jahr ein Haushalt ohne zusätzliche Verschuldung aufgestellt werden könne.

Er habe seine Zweifel, wenn sich im kommenden Jahr die Einnahmesituation bei den Kommunen nicht nachhaltig verbessert. Die Aussicht, dass eine Grunderwerbssteuer in der Höhe von 200.000 € und mehr eingeht, mache den Haushalt nicht besser.

Vielleicht sei es pessimistisch gesehen, vielleicht treffen die Prophezeiungen auch nicht ein und es kommt zum angekündigten Aufschwung. Dann könne man sagen, wir sind nochmals davon gekommen. Er wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Kreisrat Kellermann erklärt, seit 1990 verfolge er die Sitzungen zum Landkreishaushalt. Es habe sich in dieser Zeit viel verändert. Manche Posten seien enorm gestiegen. Die Rücklagen von damals von rd. 20 Mio DM seien geschrumpft. Auf der anderen Seite habe der Landkreis Erding gewaltige Summen insbesondere in die Schulen investiert. Der Haushalt werde nicht zuletzt durch Baumaßnahmen und Folgelasten immer mehr belastet. Es sollte darauf geachtet werden, dass die Kosten nicht davon laufen. Ein großer Teil der Ausgaben entfällt auf die soziale Sicherung. Wenn auch der Landkreis aufgrund der geringen Arbeitslosigkeit zu den Wohlhabendsten in Deutschland zählt, müsse man sich fragen, wie es bei den anderen Landkreisen aussieht, z.B. in den neuen Bundesländern mit einer viel höheren Arbeitslosigkeit und wie die Kommunen dort gefordert seien. Es müsse überlegt werden, was in der nächsten Zeit getan werden müsse. Warum sei der Zuschuss für den Bereich Jugendhilfe in dem Maße gestiegen. Sei das ein Indiz dafür, dass die Erziehung der Kinder im Elternhaus versagt habe. Die kommunale Ebene sei nicht mehr in der Lage, entgegensteuern zu können. Darauf sollte auch bei den Verantwortlichen in der Bundes- und Landespolitik hingewiesen und Druck vermittelt werden. Zu dem Thema gehört, dass unbedingt die Förderung der Familie im Vordergrund stehen sollte und der Entwicklung Einhalt geboten werden müsse, Kinder schon mit zwei Jahren oder noch jünger vom Elternhaus zu entwöhnen. Wenn auch manche Politiker das wollen, er sei der Meinung, dass die Kinder im Elternhaus erzogen werden sollen. Nur in intakten Familien können soziale intakte Verhältnisse sein.

Nachdem der Kreistag mit großer Mehrheit den Beschluss gefasst hat, Optionskommune werden zu wollen, sollte auch geprüft werden, wie der Missbrauch unterbunden werden könne.

Die Fraktion der REP stellt fest, dass eine Tilgung mit 1 Mio € geplant und damit eine geringe Verringerung der Schulden verbunden sei. Die Rücklagenentnahme von rd. 4 Mio € müsse akzeptiert werden. Es müsse aber festgehalten werden, dass die Entwicklung in den kommenden Jahren nicht so weiter gehen dürfe.

Er bedankt sich beim Vorsitzenden und der Verwaltung für die Zusammenarbeit. Die Fraktion der REP werde dem Haushalt zustimmen.

Kreisrat Utz erinnert, der Landkreis Erding sei aufgrund der Altersstruktur ein junger Landkreis mit vielen Schülern und Jugendlichen. Das sei erfreulich, sei aber gleichzeitig eine große Verpflichtung für alle. Er sei dankbar, dass in diesem Kreishaushalt die wenigsten Kürzungen bei den weiterfüh-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

renden Schulen des Landkreises vorgenommen, sondern die Ausgaben für den Unterhalt erhöht worden sind. Er möchte unterstreichen, wie wichtig das sei.

Der Landkreis Erding könne auch stolz darauf sein, dass es trotz aller Schwierigkeiten möglich sei, diesen Haushalt ausgeglichen zu gestalten. Auch die Staatsregierung werde als einziges Bundesland einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, obwohl für die Bildung und die Jugendlichen mehr Mittel eingesetzt worden sind.

Es sei darüber gesprochen worden, dass die Gemeinden sehr stark belastet werden. Momentan sei bei den Haushalten eine Delle zu überwinden. In der Wirtschaft gehe es Gott sei Dank wieder aufwärts. In ein oder zwei Jahren werde sich der Aufwärtstrend auch wieder in den Haushalten der Gemeinden niederschlagen.

Er appelliert, dann nicht nur den Stau aufzuarbeiten, sondern den Gemeinden auch mehr Luft zum Atmen zu geben.

Es sei gesagt worden, dass die FDP als einzige Partei für den Flughafen und den Bau der 3. Start- und Landebahn sei. Die FDP sei dann dafür, wenn der Bau wirtschaftlich notwendig und sinnvoll sei. Er stellt fest, im Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland gebe es beim Genehmigungsverfahren eine ausreichende Bürgerbeteiligung, eine Verbandsanhörung, mehrere Instanzen, wo das Projekt behandelt wird und zudem werde es noch juristisch auf dem Prüfstand gestellt. Das Ganze gehe über Jahre. Diese Zeiten seien zu lange. Wenn das alles durchgestanden sei, erwartet er sich aber auch Rechtssicherheit. Es kann nicht sein, wie bei Stuttgart 21, dass dann alles wieder in Frage gestellt wird. Er warnt schon heute vor ähnlichen Machenschaften im Landkreis Erding. Er sei seit 30 Jahren Gegner der A 94 und die Trassierung gewesen. Jetzt seien aber die Entscheidungen getroffen worden und jetzt müsse dafür gesorgt werden, dass endlich eine gute Anbindung an das östliche Chemiedreieck erfolgt. Der Bau müsse nun für die Umwelt gut gestaltet durchgeführt werden.

Auch falls es, wenn das Genehmigungsverfahren gelaufen sei, einmal zum Bau der 3. Start- und Landebahn am Flughafen kommen sollte, müsse das akzeptiert werden. Diese Rechtssicherheit braucht der Staat und brauchen alle.

Er bedankt sich für die Zusammenarbeit beim Vorsitzenden und bei der Verwaltung und wünscht frohe Feiertage und ein gutes Neues Jahr.

Kreisrätin Dieckmann stellt fest, nachdem gesagt worden sei, es werde mehr investiert, dass gerade bei der Schulausstattung immer mehr gespart werde. Es sei nicht so, dass bei den Schulen das Geld zum Fenster hinaus geworfen werde. Sie werde dem Haushalt zustimmen, möchte aber anmerken, dass man damit einfach nicht zufrieden sein kann.

Weiter merkt sie an, es sei die Familie als hohes Gut genannt worden. Der Zuschuss für die Ehe- und Familienberatungsstelle sei gestrichen worden. Sie denkt, dass die Ehe- und Familienberatungsstelle eine wichtige Ergänzung zur Beratung im Jugendamt sei. Zudem nehmen die Zahlen an Beratungen aufgrund des Zuzugs zu.



Weiter stellt sie fest, dass der Landkreis stolz darauf sein könne, dass soviel in die Jugend (Präventionsarbeit) investiert werde.

Sie bittet einzeln darüber abzustimmen, ob der Zuschuss für Prop e.V. und die Ehe- und Familienbeurteilung weiter gewährt werde. Es geht dabei um einen Zuschuss von 5.500 € und 7.000 €

Der Vorsitzende erklärt, die Ausgaben für den Bauunterhalt in den Schulen betragen 2011 laut Haushaltsentwurf 2,7 Mio €. In den letzten 10 Jahren sei nicht annähernd eine so hohe Summe dafür aufgewendet worden sei.

Büro des Landrats
BL

2000 sei im gesamten Bauunterhalt eine Summe von 1,48 Mio €,
2001 1,161 Mio €,
2002 1,062 Mio €,
2003 1,080 Mio €,
2004 739.000 €,
2005 300.000 €,
2006 1,081 Mio €,
2007 1,271 Mio €,
2008 806.000 €,
2009 1.902.000 €,
2010 eine Rekordsumme von insgesamt 2.666.000 € und
2011 insgesamt 3,324 Mio €, alleine für den Bereich Schulen 2,7 Mio € aufgewendet worden.

Auch der Bereich Schulausstattung habe eine Rekordsumme erreicht. Er stellt fest, dass für den Bereich Bildung im Verhältnis zu anderen Jahren das meiste Geld ausgegeben werde. Durch die Aussage von Kreisrätin Dieckmann könnte ein falscher Eindruck entstehen.

Selbstverständlich könne über die gestellten Anträge einzeln abgestimmt werden.

Kreisrat Huber merkt bezüglich der Äußerung von der Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Kostensteigerung an, es sei eindeutig, wenn die Gebäude mehr werden, dass auch die Kosten für Reinigung, etc. steigen. Ihn wundert, dass sich die Kollegen vorher nicht besser erkundigt haben.

Er denkt auch, dass die Reinigung der Gebäude in Eigenregie für den Landkreis wesentlich teurer wäre.

Kreisrat Knur sagt, er würde gerne auf vieles eingehen, was gesagt worden sei. Er möchte sich aber kurz fassen.

Kollege Treffler habe die allgemeine Situation und das hohe Wachstum im Landkreis beklagt. Er denkt, wer soziale Wünsche oder soziale Wohltaten fördern möchte, könne das nur über das Wachstum erreichen.

Jede Gemeinde sei bestrebt, in ihrem Bereich durch Ansiedlung von Gewerbe zusätzliche Einnahmen zu generieren, um die Forderungen, die auf Kreisebene gestellt und erfüllt werden müssen auch zu erfüllen.



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Er stimmt bei fast allem zu, was Kollege Els gesagt habe. Nur bei dem Vorschlag, der Landkreis sollte mehr Schulden machen, um die Gemeinden zu entlasten, habe er große Probleme. Gerade werde auf Bundes- und Landesebene sogar durch Verfassungsänderungen und Ergänzungen versucht, keine zusätzlichen Schulden zu machen. Die Schulden des Landkreises seien letztlich auch die Schulden der Gemeinden. Er meint, darum sollte man der Versuchung widerstehen und dafür sorgen, nicht in die Situation zu kommen, Schulden machen zu müssen.

Er berichtet, seine Gemeinde müsse nach dem voraussichtlich festgelegten Kreisumlagesatz fast 1 Mio € Kreisumlage zahlen und erwartet einen Anteil von der Einkommenssteuer 2011 von rd. 1,1 Mio €. Er stellt fest, dass der Einkommenssteueranteil fast ausschließlich an den Landkreis überwiesen werden könne. Auf Dauer könne das nicht richtig sein.

Er stellt fest, das Finanzausgleichssystem habe große Schwächen. Es möge Jahrzehnte gut gewesen sein, aber es berücksichtigt einseitig nur die Einnahmensituation und nicht die Ausgabenverpflichtungen, die die Gemeinden zu erfüllen haben.

Es geht auf Dauer nicht, dass der Bund und die Länder den Kommunen Aufgaben übertragen und dafür nicht die Kosten übernehmen. Die Gemeinden können das auf Dauer nicht schultern.

Ein großes Ärgernis sei auch die Erhöhung der Gastschulbeiträge bei der Stadt München. Die Metropole, die immer gerne als Beispiel vorgestellt wird, verlangt 2.200 € pro Gastschüler, während der Beitrag im Landkreis etwas über 700 € sei. Es sollte die Stadt München überlegen, wie dafür gesorgt werden könnte, wie die Kommunen in der Umgebung davon verschont werden könnten.

Es liegt ein Haushaltsentwurf vor, der in manchen Dingen umstritten sei. Es gibt in diesem Haushalt Ausgabenermächtigungen und keine Ausgabenverpflichtungen. Er sei sich sicher, dass während des Jahres noch Änderungen vorgenommen werden müssen.

Die Diskussion über die Mikrophananlage für den Sitzungssaal sei in der Öffentlichkeit überbewertet worden. Es gebe deswegen im Haushalt keine Änderungen. Eine Mikrophananlage sei notwendig, denn nicht jeder habe eine kräftige Stimme. Auf der Prioritätenliste stehe die Mikrophananlage nicht ganz am Anfang.

Kreisrätin Dieckmann habe den Bereich Schulen angesprochen. Er möchte verdeutlichen, was bereits der Vorsitzende gesagt habe. Von 2010 auf 2011 ergebe sich bei den Ausgaben eine Steigerung von 12,4 Mio € auf 13,6 Mio €. Ähnliche Steigerungen gebe es in anderen Bereichen nicht annähernd. Der Zuschussbedarf bei den Schulen habe sich von 2004 mit 6,1 Mio € auf 9,5 Mio € 2011 summiert. In acht Jahren habe der Landkreis für den Unterhalt der Schulen 54,5 Mio € ausgegeben. Wer von der Presse oder von der Öffentlichkeit meint, dass er hier Nachhilfeunterricht geben müsse, müsse sich die Zahlen genauer anschauen. Mehr sei einfach nicht möglich. Es müssen auch die Schulen zur Kenntnis nehmen, dass der Landkreis in seinen finanziellen Ressourcen einigermaßen eingeschränkt sei.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Er möchte darauf hinweisen, weil in einer Zeitung ein Vergleich zwischen der Mikrofonanlage und was dafür im Kantinenbereich an einer Schule gemacht werden könnte dargestellt worden sei. Wer einen solchen Vergleich herstellt, habe die Dinge nicht richtig erkannt und diskutiert und argumentiert wie am Stammtisch. Wenn es den Eltern gelingen würde, ihre Kinder dazu zu bringen, vom Vandalismus in den Schulen abzusehen, hätte der Landkreis wesentlich mehr Mittel zur Verfügung, um dringende Aufgaben in den Schulen zu erledigen.

Zum Thema Kath. Jugendfürsorge und Prop e.V. habe sich der Kreisausschuss befasst. Er erinnert, dass im vergangenen Jahr beschlossen worden sei, den Zuschuss für die Kath. Jugendfürsorge zunächst zu halbieren, mit dem Hinweis, dass er ab 2011 ganz wegfallen wird. Es könne nicht so getan werden, dass damit die Arbeit der Kath. Jugendfürsorge und auch bei Prop e.V. eingestellt werden müsste. Der Landkreis Erding sei bisher der einzige von den Landkreisen gewesen, der einen Zuschuss bezahlt habe. Die CSU-Fraktion werde die Anträge, wie auch schon im Kreisausschuss, ablehnen.

Er dankt dem Vorsitzenden, den Mitarbeitern der Verwaltung und den Kollegen der anderen Fraktionen für die offene Beratung in den Ausschüssen zum Wohle des Landkreises und der Gemeinden und wünscht Frohe Weihnachten und ein gesundes Neues Jahr.

Im Weiteren bringt **der Vorsitzende** den **Antrag von Kreisrätin Dieckmann**, den Zuschuss für die Ehe- und Familienberatungsstelle wie im Vorjahr weiter zu gewähren, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 37 : 20 Stimmen.**

Kreisrätin Stieglmeier wünscht die Abstimmung über ihren Antrag, die Hälfte von der Hälfte des Betrages vom Vorjahr als Zuschuss zu bezahlen.

Der Vorsitzende bringt den **Antrag von Kreisrätin Stieglmeier**, die Hälfte des im Vorjahr gewährten Betrages als Zuschuss für die Ehe- und Familienberatungsstelle zu gewähren zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 36: 21 Stimmen.**

Im Weiteren bringt er den Antrag, den Zuschuss für Prop e.V. (7.000 €) wieder zu gewähren, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 40 : 17 Stimmen.**

Kreisrätin Stieglmeier wünscht auch über ihren Antrag abzustimmen, aus der Airfolgsregion auszusteigen und den Betrag von 80.000 € für die Airfolgsregion nicht einzuplanen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, der Landkreis sei bezüglich der Airfolgsregion noch ein halbes Jahr vertraglich gebunden. Die entsprechenden Mittel müssen schon eingeplant werden. Kreisrätin Stieglmeier müsste eine Reduzierung der Mittel vorschlagen.



LANDKREIS
ERDING

Nach kurzer Diskussion bringt der Vorsitzende den **Antrag**, die bereits eingeplanten 80.000 € für die Airfolgsregion nicht im Haushalt einzuplanen und den HH-Ansatz auf „0“ zu setzen, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 50 : 6 Stimmen.**
(und ohne KRin Eichinger)

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Büro des Landrats
BL

KT/0074-14

1. Das Investitionsprogramm wird festgestellt.
2. Der Finanzplan 2010 – 2014 wird genehmigt.
3. Der Stellenplan 2011 wird genehmigt.
4. Die Kreisumlage 2011 wird mit einem Umlagesatz von **54,51 %** festgesetzt.
5. Der Haushaltsplan 2011 wird genehmigt und die Haushaltssatzung mit den beschlossenen Änderungen, wie abgestimmt, 2011 erlassen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 56 : 1 Stimmen.**
(Gegenstimme: KR Trinkberger)
(nicht anwesend: KR Attenhauser, KRin Eichinger, KR Haindl und KR Biller)

Der Vorsitzende merkt noch an, die Änderungen zum Haushalt werden nach der Überarbeitung an die Kreistagsmitglieder zum Einsortieren in den Haushalt versandt.

9. Bekanntgaben und Anfragen

Nachdem sich hierzu keine Wortmeldungen ergeben beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages um 18.20 Uhr und bittet den Stellv. Landrat Max Gotz, den Vorsitz für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu übernehmen.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte